

GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2021

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BdA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► „Keine Alternative! - Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD“

Wanderausstellung der VVN-BdA zur Bundestagswahl

Die von der VVN-BdA konzipierte Ausstellung „Keine Alternative! - Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD“ analysiert die Ideologie der rechtsextremen Partei „Alternative für Deutschland“ und zeigt die Beziehungen dieser Partei zu einer breiten völkischen Bewegung in Deutschland auf. Die Ausstellung, bestehend aus 11 Roll-Up-Postern (im Format 85 cm x 200 cm) kann bei den VVN-BdA Landesvereinigungen entliehen werden. Sie kann flexibel eingesetzt werden, sei es bei Gewerkschaftskonferenzen, auf Stadtteil- und Straßenfesten, bei antifaschistischen Aktionstagen usw. Die Ausstellung „Keine Alternative!“ ist in diesem Sinne auch als Aufruf und Weckruf gemeint, der AfD im Alltag sowie im Bundestagswahlkampf in aller Entschiedenheit und Klarheit entgegenzutreten.

„Fundamentaloppositionelle Bewegungsfraction“ – mit diesem von Björn Höcke geprägten Wortungetüm ist die zentrale Dynamik der „Alternative für Deutschland“ und mit ihr des ganzen völkisch-nationalistischen Milieus zum Ausdruck gebracht worden. Man will beides zugleich sein: Teil des parlamentarischen Systems mit allen seinen Möglichkeiten, gleichzeitig die Partei eben gegen dieses System. Die gegenseitige Beeinflussung von Parteiorganisation einerseits, extrem rechten Medien, Gruppen und Anführern andererseits, ist kennzeichnend für die AfD und entscheidend für deren weitere Entwicklung.

Das Gründungspersonal der AfD um Bernd Lucke wollte 2013 noch um alles in der Welt verhindern, dass ihre neue Partei in der Öffentlichkeit als „NPD light“, neofaschistisch oder rechtsextrem wahrgenommen wird. Doch extrem rechts sein zu wollen, aber nicht als solches zu gelten, das war mit dem herbeiströmenden Parteivolk nicht auf Dauer zu machen. Auf einen Bernd Lucke folgte eine Frauke Petry, auf diese der derzeitige Führungszirkel

um Jörg Meuthen, Alexander Gauland, Alice Weidel und Tino Chrupalla. Die fortlaufenden inneren Machtkämpfe der AfD (gerade auch hier in Niedersachsen) um Posten und Einflussnahme illustrieren hingegen deutlich, dass die allgemeine Entwicklungsrichtung der AfD klar vorgegeben ist: Schon jetzt tief im Rechtsextremismus befindend, geht es tatsächlich immer noch weiter nach rechts mit dieser Partei. Als nächste Station auf diesem Weg bietet sich bereits Björn Höcke an, der für eine weitere Radikalisierung der Partei sorgen wird. Dann wird die kurze Ära unter Gauland, Meuthen und Weidel nur noch wie ein Fliegenschiss in der Geschichte der Höcke-AfD wirken.



Der erstmalige Einzug in den Bundestag am 24. September 2017 hat der AfD einen neuen Raum und einen Status beschert, den keine der bisherigen rechtsextremen Vorläuferparteien erreichen konnte. (Selbst die NPD, die in den 1960ern zeitweilig in mehreren Landtagen vertreten war, scheiterte 1969 mit 4,3% der Wählerstimmen noch knapp am Einzug in den Bundestag.) Der AfD ermöglichen ihre Bundestags- wie auch die Landtagsfraktionen zusätzliche Geldmittel, den Aufbau eines hauptamtlichen Apparates, strategische Informationsgewinnung, erhöhte Medienaufmerksamkeit und ganz generell die Nähe zu Teilen der ökonomischen Machtelite. Denn strategisch geht es der AfD letztlich darum, Einfluss auf und Kontrolle über Teile des

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2021.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Keine Alternative!	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
80 Jahre Überfall auf SU	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2021
ist der 20. August.
Auslieferung am 26. August.

Staatsapparats zu gewinnen bei gleichzeitiger Mobilisierungsfähigkeit eines rassistisch-rechtsextremen Mobs auf der Straße und den sozialen Medien.

Gemeinsames Ziel aller Antifaschistinnen und Antifaschisten sollte daher sein, den Wahlkampf der AfD allerorten kritisch zu begleiten und im Bundestagswahlkampf klar zu benennen, dass der Rassismus, die Verschwörungserzählungen und die Hetze der AfD nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Informationen zur Ausstellungsausleihe:

Die Ausstellung (11 Roll-Ups im Format 85 cm x 200 cm) kann bei der VVN-BdA Niedersachsen entliehen werden. Die Ausstellung-Roll-Ups sind per DHL verschickbar. Die Ausleiher tragen die Versandkosten. Ein Beitrag zur Refinanzierung der Ausstellung ist wünschenswert.

Kontakt: **VVN-BdA**
Landesvereinigung Niedersachsen
<https://niedersachsen.vvn-bda.de/>



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Leitlinien der VVN-BdA für 2021-2024

Die VVN-BdA hat auf ihrem Bundeskongress 2021 in ihrem beschlossenen Leitantrag die kommenden Aufgaben bis 2024 zusammengefasst. Wir dokumentieren hier den Auszug zu den Themenfeldern Rassismus, Faschismus und Geschichtsrevisionismus. Der gesamte Leitantrag findet sich unter: <https://vvn-bda.de/bundeskongress-2021-unsere-aufgaben-bis-2024-leitantrag/>

Die große Mobilisierungskraft der Bewegung „Black Lives Matter“ auch in Deutschland macht deutlich, dass auch hier als nicht weiß wahrgenommene Menschen nicht nur alltäglichen und strukturellen Rassismus als Teil ihrer Lebensrealität erfahren, sondern sich auch von staatlicher Gewalt oft weniger geschützt als bedroht fühlen. Das dürfen Antifaschist:innen nicht länger hinnehmen.

Gemeinsam müssen wir Nazis und Rassist:innen entschieden entgegentreten – auf der Straße, in den Parlamenten und in den Institutionen! Unsere Solidarität gehört den Betroffenen!

■ Gemeinsam mit den Angehörigen der Ermordeten von Hanau und anderer Opfer von Nazi-Gewalt fordern wir: Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen!

■ Insbesondere fordern wir von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten die vollständige Aufklärung über Netzwerke, in denen die Täter sich bewegt und aus denen sie Unterstützung erhalten haben.

■ Wir fordern parlamentarische Aufklärung der Versäumnisse bei Ermittlungen und der Rolle, die Geheimdienste und ihre V-Leute in Zusammenhang mit rechten Netzwerken gespielt haben und noch immer spielen!

■ Wir fordern systematische Aufklärung über rechte Netzwerke in Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten und deren Zusammenhang mit dem massenhaften

„Verschwinden“ von Waffen und Munition durch externe Institutionen!

■ Wir fordern, dass die politische Botschaft des Grundgesetzes, die sich im Artikel 139 GG - Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus – manifestiert, Grundlage praktischer Politik wird.

■ Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, rechte Themen und Positionen als solche zu benennen und sich klar von ihnen zu distanzieren, statt sie ganz oder teilweise zu übernehmen. Faschistische Propaganda benennt keine Probleme und bietet keine Lösungen, sondern legitimiert Nazi-Gewalt.

■ Antisemitismus – derzeit häufig in Erscheinung von Verschwörungsideologien bei Querdenken und ähnlichen Protesten –, werden wir weiterhin entschieden



entgegentreten. Das gleiche gilt auch für Antiziganismus, antimuslimischen und jeden Rassismus.

■ Die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten ist als solcher zu behandeln. Gemeinsame Sache mit ihr sollte sich für alle Demokrat:innen verbieten. Jede Spekulation über mögliche Zusammenarbeit bereitet ihr den Weg!

■ Wir arbeiten in regionalen und bundesweiten antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen mit und bringen – insbesondere in der Zusammenarbeit mit überlebenden Opfern und Hinterbliebenen unsere Erfahrungen als Organisation von Verfolgten des Naziregimes ein.

■ Wir arbeiten auch weiterhin aktiv und auf den unterschiedlichen Ebenen an der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ mit. Sie ist ein zentrales Element

im Kampf gegen die AfD. Unser Ziel ist, sie im „Superwahljahr 2021“ erheblich zu schwächen und längerfristig aus den Parlamenten zu vertreiben.

■ Die Mitglieder der VVN-BdA, die zugleich auch Gewerkschaftsmitglieder sind, setzen sich in ihren Gewerkschaften für Beschlüsse ein, die darauf gerichtet sind, die Gewerkschaften besser darauf vorzubereiten, wenn es noch einmal zu Morden wie in Hanau kommen sollte.

■ Unser eigener Beitrag in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und ihrem ideologischen Umfeld ist die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“, die ab Sommer 2021 zur Verfügung stehen wird.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die künftige gesellschaftliche Entwicklung sind wir mit einem umfassenden Kulturkampf von Rechts konfrontiert: dem Streben nach einer offenen, plu-

ralen und solidarischen Gesellschaft, in der politische und soziale Rechte für alle gelten, stehen autoritäre und reaktionäre Konzepte von Staat und Gesellschaft, offensive Ablehnung von Frauen- und Minderheitenrechten, Ausgrenzungs- und Überlegenheitsideologien gegenüber. Dazu gehören

auch die Bagatellisierung und Relativierung von Nazi-Terror, Vernichtungskrieg und Völkermord.

Dem gegenüber bleiben wir dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Gegen jeden Geschichtsrevisionismus!

Virtuelle Ringvorlesung an der Göttinger Universität

„Die extreme Rechte – Bedrohungen und Gegenstrategien“

Die einzelnen Beiträge sind jetzt auch online abrufbar als Audio-Datei sowie als Youtube-Video.

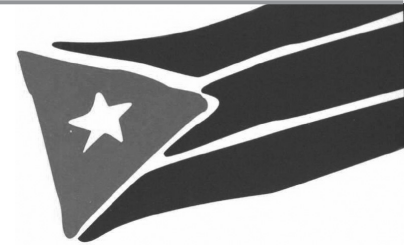
Zu finden sind alle Vorträge unter: <https://goedoc.uni-goettingen.de/lectures/21>

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

13. Juli, 19.00 Uhr, Gunnars Terrasse, Harzstr. 13



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Zentrum für Freie Software in Kuba entwickelt eigenes Betriebssystem

amerika21.de, von Marta Andujo Havana. Die Universität für Informatikwissenschaften (UCI) in Kuba entwickelt mit NovaDroid ein eigenes Betriebssystem für mobile Geräte. Dies berichtete die Zeitung Granma. NovaDroid konzentriert sich bei der Anwendung zunächst auf das erste im Land entwickelte und produzierte Mobiltelefon.

Im Bereich der Informatik hat Kuba einen hohen wissenschaftlichen Standard erreicht, der schon lange nicht zuletzt wegen der US-Blockade in den Universitäten des Landes gefördert wurde.

Die Direktorin des Zentrums für Freie Software der UCI, Yurisbel Vega Ortiz, betonte, dass das Nova-Projekt für die Souveränität, die Unabhängigkeit und die technologische Sicherheit des Landes bedeutsam sei. Die Bemühungen erstreckten sich auf Allianzen der kubanischen Elektronikindustrie, die Kommerzialisierung von Migrationsdiensten, und würden mit dem Konzept der Verbindung von Ausbildung und Produktion nachhaltig angelegt.

Die unmittelbarsten Herausforderungen des Zentrums betreffen die Umstellung eines breiten Sektors von Organisationen und Körperschaften auf freie Software, so Vega Ortiz.

Die Direktorin erklärte, dass die Anfänge von NovaDroid auf das Jahr 2013 zurückgehen, als der Boom von Smartphones im Land begann. Eine Gruppe von UCI-Studenten widmete sich damals der Entwicklung eines Betriebssystems, das als Basis für die Migration zu offenen Standards in den Institutionen des Landes dienen sollte.

Damit geht das Ziel des Projekts über die Anwendung auf mobilen Geräten hinaus. Nova soll auf der Mehrzahl der Geräte ausgeführt werden können. Es soll in der breiten Palette von

Computerausrüstungen, die in kubanischen Institutionen existieren, anwendbar werden. Die Ausrüstung reiche von sehr modernen Computern bis hin zu älteren mit mehr als einem Jahrzehnt der Nutzung.

Jede Version von NovaDroid werde in drei Varianten entwickelt, die den Einsatz in Medium- und High-End-Computern sowie in älteren Geräten und Umgebungen und Diensten wie etwa Web- und Mailserver berücksichtigen.

Das kubanische Industrieunternehmen für Informatik, Kommunikation und Elektronik (Gedeme) berichtete kürzlich über den Eintritt in die Endphase der Entwicklung eines Prototyps eines Mobiltelefons mit einer für kubanische Verhältnisse konzipierten Architektur und mit von nationalen Institutionen entwickelten Software und Systemen.

Den Informationen zufolge werden in der Pilotphase 6.000 Einheiten des kubanischen Mobiltelefons noch nicht mit einem eigenen Betriebssystem vermarktet. In einer zweiten Phase werde erwartet, dass das Mobiltelefon NovaDroid nutzen kann.

Als Ergebnis der Allianz mit Gedeme werde die UCI das Betriebssystem für Computer, Laptops, Tablets und Handys, die im Land produziert werden, liefern.

Die mobile Datennutzung in Kuba nahm für private Nutzer seit Ende 2018 sprunghaft zu. Nachdem ein Unterwasserkabel von Venezuela nach Kuba gelegt worden war, konnte Kuba auch die Kosten für private Nutzer von mobilen Daten nach und nach signifikant senken und gewann dadurch mehr Unabhängigkeit von teuren und für die US-Blockade anfällige Satellitenverbindungen.



Update der Kampagne "Spritzen für Kuba" von mediCuba-Europe

Dank einer beispiellosen Mobilisierung von Vereinen, Organisationen, Solidaritätsgruppen, öffentlichen Stellen und Privatpersonen in der Schweiz und Europa hat die Spendenaktion für den Kauf von Spritzen und Nadeln für die Impfkampagne in Kuba in kurzer Zeit einen unglaublichen Erfolg erzielt. Mit der Beteiligung der Schweizer Botschaft in Kuba (Schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit - DEZA) haben wir mehr als 600'000 Euro zusammengebracht. Und viele Fundraising-Kampagnen laufen noch. Mit diesen ersten Spritzen von uns können mindestens 2 Millionen Menschen geimpft werden, je nachdem, ob 2 oder 3 Dosen von Soberana 02, Abdala oder Soberana Plus verabreicht werden. Mit anderen Worten, zwischen 20%-25% der kubanischen Gesamtbevölkerung (11,2 Millionen Einwohner).

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Schnelltests für Kita-Kinder?

Anfang März dieses Jahres hat sich in unserem Kindergarten in Elterneigeninitiative ein Ärzt*innen-Team mit der Frage beschäftigt, ob es sinnvoll wäre alle Kita-Kinder zweimal wöchentlich an festgelegten Tagen einen Anti-Gen-Schnelltest zu unterziehen.

Unser Ärzt*innen-Team hat sich verstärkt über die Ansteckungsrate, die enorm hoch sein kann - obwohl Kinder häufig nur anscheinend „einen leichten Schnupfen haben“ - in dieser Altersgruppe schlau gemacht. Wissenschaftler*innen bestätigen, dass die Kinder dann Erwachsene Familienangehörige infizieren können, die daraufhin schwer erkranken können.

In den niedersächsischen Schulen wurden aus diesem Grund zu der Zeit die Kinder bereits verpflichtend zweimal pro Woche getestet.

Gerade Kinder im Krippen- und Kindergartenalter haben einen sehr engen Körperkontakt zu den Betreuenden. Das muss so sein und das möchten die Betreuenden auch, weil das zu einer guten Beziehung unerlässlich ist.

Deshalb waren und sind für meine Kolleg*innen und deren Familien die freiwilligen, regelmäßigen Schnelltests für Ihren Gesundheitsschutz unverzichtbar.

Für einige Eltern, die Ihre Kinder aus Sorge vor Ansteckungen wochenlang nicht in die Kita geschickt haben, trifft das ebenso zu.

Beispiele aus anderen Bundesländern (z.B. NRW) haben gezeigt, dass die dortigen Landespolitiker*innen erkannt hatten, dass die Notwendigkeit zum schnellen Handeln bestand.

In Göttingen haben unsere engagierten Eltern bereits vor Ostern Kontakt zum Fachbereich Jugend aufgenommen und nach dem Stand der Dinge gefragt.

Von dort kam die Antwort, dass es schließlich kein Landesgesetz dazu gebe und sie deshalb auch nicht in der Pflicht seien, zu zahlen. Uns stünde dies jedoch frei, wenn wir testen wollten.

Daraufhin haben diese Eltern eine Pressemitteilung an verschiedene Medien versandt, in der sie vom Land und

von der Kommune forderten, schnellsten die Finanzierung der freiwilligen Tests der Kinder in Kitas zu finanzieren oder zu beschaffen.

Eine Resonanz kam vom GT, deren Journalistin eine Umfrage zu dem Thema in den Kitas vorgenommen hatte und dem NDR, der in der täglichen Regionalsendung „Hallo Niedersachsen“ ein Interview mit mir und unseren Forderungen mit TV-Aufnahmen senden wollte.

Ich suchte Unterstützung vom Kita-Bündnis Göttingen, was aber leider, mit Ausnahme von einigen Einrichtungen, zu wenig Erfolg führte. Manche Einrichtung war sowieso in der Pandemie überfordert und oder wollte den Kindern das Testen nicht zumuten. Auch der Kita-Stadt-Elternrat war zu diesem Thema gespalten und wollte sich nicht dazu äußern.

Am 21. April drehte der NDR in unserem Kindergarten das Interview und auch schöne Kinderbilder, die ja nicht fehlen durften. Unsere Forderungen an die Landesregierung und vor allem an Minister Tonne formulierte ich scharf.

Noch auf dem Heimweg rief mich die Journalistin an und entschuldigte sich, weil die Landesregierung die Finanzierung und Beschaffung der Tests heute zugesagt habe und der Inhalt des Interviews nicht mehr aktuell sei und sie es deshalb nicht ausstrahlen könnten.

Ja schade, aber wird jetzt alles gut?

Mitnichten, weder die Tests noch das Geld ist bisher bei den Kommunen oder Trägern angekommen!

Zwischenzeitlich hat das Kultusministerium verlauten lassen, dass die Hälfte der zugesagten Gelder zeitnah an die Kommunen fließen würden und für die andere Hälfte solle vom Land Tests beschafft werden, die Anfang August an die Einrichtungen geliefert werden!

Auf meine Nachfrage, während einer Sitzung des Arbeitskreises Kinderbetreuung der Stadt Göttingen am 01. Juni, ob die Stadt die Gelder vorstreckend zur Verfügung stellt oder selbst Tests gab es eine verneinende Antwort:

„Solange das Land keine Richtlinie zu diesem Thema an die Kommune richtet

Mitgliederversammlungen im Juli und August

**6. und 20. Juli
sowie 3. und 17 August:**

Leider ist es uns nicht gelungen, bis zum Redaktionsschluss die Themen festzulegen. Einmal an diesen Tagen werden wir uns sicherlich zum „Sommergrillen“ in Gunnars Garten treffen können. Die Themen bzw. das Grill-Treffen werden per mail kommuniziert. Die MVen finden wieder „normal“ jeweils um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

*(Es ist sicher sinnvoll, wenn sich die Teilnehmer*innen am gleichen Tag einmal testen lassen)*

Interessierte können auch hier nachfragen:

goettingen@dkp-niedersachsen.de



fühlt sich das Jugendamt Göttingen nicht zuständig.“ Da hat auch das Angebot einer unserer Mütter nicht geholfen die Tests für Göttingen zu beschaffen und zu verteilen!

Frage: Wieso schafft es die weit weniger finanzstarke Kommune Hann. Münden aber, bereits seit einigen Wochen, ihren Kitas die Tests zur Verfügung zu stellen?

Wir, und andere Einrichtungen in Göttingen jedoch, müssen weiterhin bei Eltern, Großeltern und Freund*innen um Spenden betteln um die Kinder testen zu können! RK

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ **Mietenaktionstag: 50 Teilnehmer*innen bei der Kundgebung in Grone**

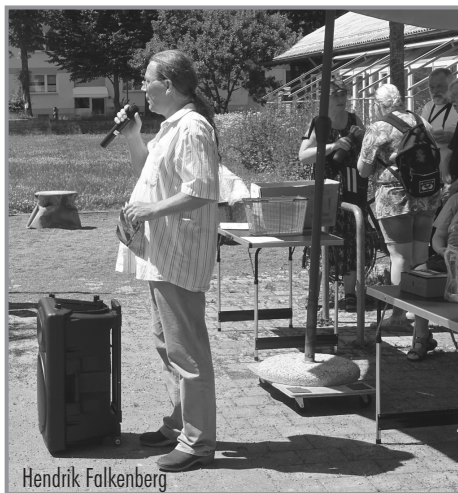
"Hände hoch für den MIETENSTOPP" lautet die Devise am 19. Juni bundesweit in über 80 Städten am Aktionstag für bezahlbares Wohnen.

Das Göttinger „Bündnis Gutes Wohnen für Alle“ versammelte zur symbolischen Uhrzeit fünf vor zwölf am Göttinger Rathaus Politik und Mietinitiativen. Anschließend äußerten sich Betroffene von Mieterhöhungen bei einer Kundgebung in Grone. Vor rund fünfzig Teilnehmenden sprachen Mieter_innen des Ado/Adler-Konsortiums, der EBV aus dem Blümchenviertel, von Kündigung bedrohte Wohngemeinschaften aus dem Leineviertel oder Anwohner_innen des Coreo-Wohnhauses in der nördlichen Innenstadt. Moderiert wurde die Kundgebung von Hendrik Falkenberg, Mtgl. des Ortsrates Grone.



kpw-photo

Kundgebung vor dem Neuen Rathaus



Hendrik Falkenberg

"Ohne den gesetzlichen Mietendeckel hätte uns Adler Modernisierungskosten von 70 % aufgebürdet. Ich wehre mich mit dem Mieterverein auch vor Gericht gegen einen neuen Balkon, obwohl ich den bisherigen einwandfrei nutzen kann", sagt Bärbel Safieh, Bewohnerin der Adler/Ado-Wohnblöcke und Mtgl. des Rates der Stadt Göttingen.

"Der Umbau ist eine Katastrophe. Schlecht gesicherte Baustellen, auf denen ich mich verletzt habe, sind lange nicht alles. Meine Wohnung verzeichnet nach Umbau Risse und das Inventar ist ramponiert worden. Dafür will der Vermieter nicht aufkommen", beklagt eine andere Anwohnerin aus dem Elmweg.

"Home-office, home-fitness, stay home: die Corona Krise hat uns das alles gelehrt. Aber wir als Mieter der EBV aus dem Blümchenviertel haben Zukunftsängste, ob das Viertel noch unser Zuhause bleiben wird, wenn die Wohn-Gesellschaft so weiter macht. Es ist Gentrifizierung pur", beklagt ein Mieter aus der Weststadt.

"Wir laden alle Ende August ins Leineviertel ein, mit uns die Stimme zu erheben. Schnelle Rendite, Neuvermietung nach Eigenbedarf-Kündigung und noch andere Sauereien machen uns das Wohnen zur Plage. Wir müssen uns vernetzen und mit gemeinsamer Stimme sprechen", rufen Bewohner von Wohngemeinschaften der Eisenbahnstraße im Leineviertel auf.

"Heute steht uns der Schweiß nicht nur wegen den hohen Temperaturen ins Gesicht. Wir ächzen unter der hohen Mietenlast in Göttingen. 40 % mehr Mietbelastung

verzeichnen einige Mietinitiativen am heutigen bundesweiten Aktionstag #MIETENSTOPP.

Diese Spirale zulasten der Mieter_innen muss ein Ende haben. Neben wichtigen Maßnahmen wie qualifizierten Mietenspiegel, Rekommunalisierung von Wohnraum, und Ausweitung des Neubaus von sozialem und bezahlbarem Wohnraum fordern wir das sofortige Einfrieren gegenwärtiger Mieten für sechs Jahre", sagt Agnieszka Zimowska (DGB) für das Bündnis Gutes Wohnen für Alle.

(gs)





Kreismitgliederversammlung

Im Juli und August finden keine Kreismitgliederversammlungen statt.

Auftaktfeier der GöLi für die heiße Phase des Wahlkampfes

Samstag, 14. August, 19:00 Uhr im Kleingartenverein Lindenkamp, Greitweg 37, Grone
Die Feier ist offen für alle Wahlkämpfer*innen und solche, die sich noch einbringen möchten.

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 7. Juli, 19:00, Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstraße 2

Themen:

- Stand der Wahlkämpfe
- Antisemitismus und Holocaust, Referent: Jo Bons.

Zugang auch über BigBlueBotton:

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/die-k3e-j2v-xj4>

Zugangscode: 898123

OV Rosdorf Aktiventreff

Freitag, 23. Juli, 20:00 Uhr, Ort oder Videokonferenzzugang wird noch bekannt gegeben.

Schwerpunkte: Kommunalwahlkampf, Themen für Rosdorf

► Landratskandidat Dr. Eckhard Fascher

Zur Landratswahl wird für DIE LINKE wie 2016 deren Fraktionsvorsitzender im Kreistag, Dr. Eckhard Fascher, antreten. Eckhard ist 59 Jahre alt und in Calden (nahe dem Flughafen Kassel-Calden) aufgewachsen.

Mit achtzehn Jahren begann er sich bei den Grünen zu engagieren, und sammelte als Mitglied des Kreistags Kassel zwischen 1981 und 1984 erstmals kommunalpolitische Erfahrungen.

Seit 1982 lebt Eckhard in Göttingen, wo er auch sein Studium der Sozialwissenschaften absolvierte. Nach Studium und Promotion 1996 hat er neben hauptberuflichem und ehrenamtlichem Engagement in Vereinen in den Bereichen Klimaschutz, Menschenrechten und Migrationspolitik in der Erwachsenenbildung und Entwicklungshilfe gearbeitet.

Zuletzt war er Betreuer unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Aktuell ist er in einem Anti-Rassismus-Projekt im Haus der Kulturen tätig.

Wie bei den Göttinger Grünen als Sprecher des Kreisvorstandes war er auch nach seinem Übertritt zur PDS 1998 dort und später in der Partei DIE LINKE Mitglied des Kreisvorstandes.

Zu den Landtagswahlen 2008 bis 2017 trat er zweimal als Direktkandidat im Wahlkreis Duderstadt und zuletzt im Wahlkreis Göttingen an. Er war zudem 2014 Oberbürgermeisterkandidat der Göttinger Linken.

Durch diese Arbeit und sein Studium verfügt er über eine breite Kompetenz in allen Bereichen der Kommunalpolitik.

Eckhard Fascher ist verheiratet und hat eine Tochter (13) und einen Sohn (8).

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00



► Kandidaturen zur Kommunalwahl im Kreisgebiet

Bereits im April wurde die Kreis-tagstagsliste mit einer Nachwahl im Mai aufgestellt. Diese umfasst insgesamt 64 Kandidatinnen und Kandidaten. In der Stadt Göttingen gibt es neben der Kandidatur für den Stadtrat auch Kandidaturen der Göttinger Linken zu den Ortsräten Grone und Geismar.

Altkreis Osterode

Am 1. Juni hatte der OV **Altkreis Osterode** Wahllisten in Herzberg, Bad Lauterberg, Walkenried und für den Walkenrieder Ortsrat Wieda aufgestellt.

In **Herzberg** sind wir seit 2006 durch Ilyas Cangöz im Stadtrat vertreten. Ilyas tritt erneut an, gefolgt von Ute Kahmann und drei weiteren Kandidat*innen.

In **Bad Lauterberg** hatte es 2016 eine Einzelkandidatur der Krankenschwester Teresa Cruz Avellenada für DIE LINKE gegeben, die es knapp nicht geschafft hatte. Teresa tritt erneut mit dem kürzlich gewählten KSR-Mitglied Edda Reyz als weitere Kandidatin an.

Auch in **Walkenried** hatten wir es 2016 nicht geschafft. Dies ist auch aufgrund der geringen Größe des Gemeinderates schwierig. Hier tritt erneut das KSR-Mitglied, der Informatiker Timo Rose als Spitzenkandidat an, der von 2006 bis 2011 dem damaligen Samtgemeinderat Walkenried und 2011 bis 2016 dem damaligen Gemeinderat Wieda angehörte. Ihm folgen sein Bruder Hanjo Rose und ihre Mutter Carmen. Für den Ortsrat tritt Hanjo als Spitzenkandidat an.

Göttinger Umland

Am 16. Juni wurden von der Kreismitgliederversammlung Listen für den **Gemeinderat und den Ortsrat Rosdorf** aufgestellt. Dort hatten wir unseren erstmals 2006 errungenen Sitz im Gemeinderat 2019 durch Fortzüge und Rücktritte verloren. Auch der Ortsverband war eingeschlafen. Die siebenköpfige Gemeinderatsliste wird von dem Übersetzer und Dolmetscher Azad Onal angeführt, der uns bereits zwischen 2011 und 2016 dort vertreten hat und stellvertretender Bürgermeister gewesen ist. Spitzenkandidat der vier Namen umfassenden Ortsratsliste ist der 34jährige Dipl.-Volkswirt Ali So-

weidan. Mit einer Reaktivierung des Ortsverbandes ist im Herbst zu rechnen.

Eine besondere Situation gibt es in der Gemeinde **Gleichen**, wo der Wahlantritt als Göttinger Linke erfolgt. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass es dort nur wenige Mitglieder unserer Partei, aber einige der Göttinger Linken gibt. Spitzenkandidatin ist das KSR-Mitglied und Krankenschwester Sylke Jarosch, gefolgt vom ehemaligen LINKEN Landesvorsitzenden Manfred Sohn, der jetzt der DKP angehört, und zwei weiteren Kandidaten. Dies ist der erste linke Wahlantritt in der Gemeinde überhaupt.

In der Samtgemeinde und Stadt **Dransfeld** sind wir seit 2011 mit Ulrich Maschke im Samtgemeinderat und seit 2016 auch im Stadtrat vertreten. Nach Redaktionsschluss am 25. Juni werden die Aufstellungsversammlungen des Ortsverbandes statt gefunden haben. Hier wird das KSR-Mitglied, die Tedymacherin und Krankenschwester Jeannette Kasel voraussichtlich zur Spitzenkandidatin für beide Wahllisten gewählt worden sein.

Reaktivierung des OV Hann. Münden und Aufstellungsversammlungen

Erfreulich ist die Lage im südlichen Landkreis. Am 21. Juni wurde bei einer Mitgliederversammlung unter freiem Himmel der **Ortsverband Hann. Münden** mit Staufener Beteiligung reaktiviert. Zwischen 2006 und 2017 hatte dort ein aktiver Ortsverband bestanden, der sich dann durch Zusammenschmelzen der Aktiven und dann durch Austritte weitgehend deaktiviert hatte. Immerhin gab es 2016 eine gewählte Fraktion mit zwei Abgeordneten im Stadtparlament, Einzelabgeordnete seit 2006. Ein Mitglied der Fraktion Michael Kaufmann verblieb in der Partei.

Zu Sprecher*innen des reaktivierten Ortsverbandes wurden Lynn Sonder (Staufenberg), Phillip Ammermann und Lars Joachim (beide Hann. Münden) gewählt. Bei den am selben Tag durchgeführten Aufstellungsversammlungen wurde das Ratsmitglied Michael Kaufmann als Spitzenkandidat der vier-

köpfigen Liste für den **Stadtrat Hann. Münden**, gefolgt von Lars Joachim aufgestellt. Der Hedemünder Genosse Phillip Ammermann tritt zudem auch für den dortigen Ortsrat an.

In **Staufenberg** wurde die Raumplanerin Lynn Sonder zur Spitzenkandidatin, gefolgt von Sebastian Schulz für die Gemeinderatsliste gewählt. Beide treten auch für den Ortsrat Spiekershausen an. In der Gemeinde gibt es zum ersten Mal einen LINKEN Wahlantritt.

Zuvor hatten Mitglieder des Ortsverbandes mit Edgar Schu und dem Landratskandidaten Eckhard Fascher einen Infostand zum Christopher-Street-Day am 19.06. in Hann. Münden durchgeführt. Dies war der erste Infostand unseres Kreisverbandes seit Beginn der Corona-Krise.

Insgesamt mehr Kandidaturen

Trotz Corona kandidieren wir in mehr Gemeinden als 2016. Erfreulich ist vor allem, dass in Hann. Münden und Rosdorf trotz zwischenzeitlich zusammengebrochener Strukturen wieder Kandidaturen erfolgen sowie in Gleichen und Staufenberg erstmals überhaupt Kandidaturen realisiert werden können. So kandidieren wir immerhin in acht von insgesamt 18 Städten, Gemeinden und Samtgemeinden. Ein deutliches Zeichen, dass immer mehr Menschen deutlich wird, dass unser Land DIE LINKE braucht.

Auf in einen schwungvollen Wahlkampf, bei dem wir den vielen Menschen, denen das ebenfalls immer deutlicher wird, noch den letzten Anstoß geben, dass sie auch wirklich die Partei wählen, die als einzige ihre Interessen verfolgt.



Reichtum umverteilen

Vermögen besteuern, Ungleichheit bekämpfen

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Auf zum Wahlkampf!

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist wieder soweit, die Kommunalwahlen und die Bundestagswahl stehen vor der Tür. Es ist Wahlkampf und dabei werden viele helfende Hände benötigt. Das ist die Gelegenheit auch für nicht so aktive Mitglieder einen wirkungsvollen Beitrag dazu zu leisten, dass wir hoffentlich am 12. und am 26. September gute Ergebnisse feiern können.

Mithelfen kann jeder und jede, dazu muss mensch nicht Mitglied unserer Partei oder der Göttinger Linke sein. Wie bei jeder Wahl gilt es auch diesmal Infostände und Veranstaltungen durchzuführen, Plakate zu kleben und Infomaterialien in Briefkästen zu ‚stecken‘.

Gemeinsame Wahlkampffete

Zu Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes wird es am Samstag, 14. August, ab 19 Uhr eine gemeinsame Feier der Göttinger Linken im Kleingartenverein Lindenkamp, Greitweg 37 in Gronne geben.

Willkommen sind Alle, die sich engagieren oder engagieren möchten.

„Steck“-Aktionen

Wie zu jedem Wahlkampf verfügen wir über unterschiedliche Materialien für beide Wahlen. Dabei handelt es sich um thematische Flyer zu wichtigen Themen der Bundespolitik oder Kommunalpolitik, Personenflyer zur Vorstellung der Kandidat*innen oder Veranstaltungshinweise. Nur ein geringer Teil davon wird für die Infostände verwendet; für den überwiegenden Anteil sind wir auf engagierte Genoss*innen angewiesen, die diese Materialien direkt in die Briefkästen unserer Wähler*innen befördern.

Bereits im Juni haben erste Steckaktionen stattgefunden, es ist geplant dies fortlaufend fortzusetzen.

Wichtiger Hinweis: Schon im Bundestagswahlkampf 2013 wurde auf ein Gerichtsurteil hingewiesen, nach dem die bekannten ‚Bitte keine Werbung‘-Schilder an Briefkästen auch bei

Wahlkampfmaterialien zu berücksichtigen sind. Aus rechtlichen Gründen wiederholen wir diesen Hinweis noch mal: Bitte keine Wahlkampfmaterialien in solche Briefkästen!

Wer mitmachen will wendet sich entweder an seinen Ortsverband oder an Thomas Goes, Tel. 015238041795, E-Mail: kontakt@thomas-goes.de.

Infostände

Es zeichnet sich ab, dass bald wieder Infostände, wenn auch unter Corona-Auflagen, möglich sind. In der Regel werden wir samstags mehrere Informationsstände durchführen. Dies betrifft natürlich insbesondere die Göttinger Innenstadt, wo mindestens jeden Samstag ein Infostand der Göttinger Linken und unserer Partei stattfinden wird.

Weitere Infostände wird es in Orten mit LINKER Kandidatur wie Hann. Münden, Herzberg, Bad Lauterberg, Rosdorf, Dransfeld, Staufenberg geben. Auch in Duderstadt und Osterode sind aufgrund ihrer Mittelpunktfunktionen Stände möglich.

Wer mitmachen will, wendet sich entweder an seinen Ortsverband oder Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549 mobil, E-Mail: kreisverband@dielinke-goettingen.de

Plakate

Am sichtbarsten im Wahlkampf sind natürlich die Plakate, die ab Anfang August im ganzen Landkreis angebracht werden. Hier gibt es in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedliche Regeln. Während beispielsweise in Göttingen nur auf die Plakatwände plakatiert werden darf, ist dies an anderen Orten nur mit Pappen möglich, die an Laternenpfählen oder an anderen geeigneten Orten befestigt werden müssen. Zum Redaktionsschluss ist noch nicht klar, ob wir auch in Göttingen plakatiert werden müssen oder dies kostengünstig extern übernommen wird.

Wenn ihr irgendwo Plakate seht, die abgerissen, beschmiert oder be-

schädigt sind, meldet dies bitte über die unten angegebenen Kontaktinformationen.

Im Idealfall schafft man es sogar, die Route, auf der mensch plakatiert hat, noch mal abzufahren und zu überprüfen. Nachplakatieren ist fast immer sinnvoll. Die Göttinger Umgebung, der Harz, das Eichsfeld oder auch die Weser sind doch Ausflüge wert.

Wer mitmachen will wendet sich entweder an seinen Ortsverband oder Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549 mobil, E-Mail: kreisverband@dielinke-goettingen.de

Die Wahlsamstage, 11. und 25. September

Traditionell gibt es am Samstag vor der jeweiligen Wahl noch den 24-Stundenwahlkampf; näheres dazu findet ihr in der Septemбераusgabe bzw. auf der Homepage.

Und natürlich nicht vergessen: Entweder am 12. + 26. September wählen gehen oder vorher per Briefwahl. Die Wahllokale haben von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Ab 17:45 Uhr finden dann auch Wahlfeten statt. Der Ort wird in der Septemбераusgabe bekannt gegeben.

.....

Runter mit den Mieten.

Mieten-deckel überall!

Jetzt unterzeichnen!

**Aufruf unterzeichnen:
Mietendeckel bundesweit!**

<https://www.miete-bezahlbar.de/aufruf-unterzeichnen/>

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Das ist neu im Roten Zentrum:

Anschaffungen, Wartungen, Umbauten im Sommer 2021

Seit Montag, den 21. Juni 2021 gelten in Göttingen weitere Lockerungen der Corona-Verordnungen. Für Veranstaltungen und Feiern in den öffentlichen Räumen des Roten Zentrums gibt die neue Verordnungslage erweiterte Handlungsmöglichkeiten.

Ohnehin wurden in den zurückliegenden Monaten im Roten Zentrum verschiedene Hilfsmittel angeschafft, deren Nutzung wir Euch nahelegen möchten.

So steht im Roten Foyer seit vielen Wochen ein Raumluftfilter bereit. Über die tatsächliche Wirksamkeit solcher Geräte gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Das Gerät im geschlossenen Raum einzuschalten kann nicht schaden. Zudem brummt es beruhigend und es wechselt unterhaltsam die Beleuchtung.

Eine kühle Brise ist bei sommerlicher Hitze auch ohne gefährliches Virus angenehm. Ein Luftstrom kann im Roten Foyer durch gleichzeitiges Öffnen der Foyer-Tür (zur Straße) sowie der Balkon-Tür (zum Innenhof) ausgelöst werden. Zwei Standventilatoren verteilt auf Küche und Foyer können diesen Luftstrom zu einem regelrechten Wind aufblasen, so dass langweilige Tischvorlagen und dröge Papiere hübsch zu tanzen beginnen.

In den Bädern und in der Küche stehen Handdesinfektionsmittel bereit. Da gerade bei den Herren vielfach zu beobachten ist, dass auf Handhygiene nachlässig verzichtet wird, erläutern wir die Banalitäten des Alltags hier gerne noch einmal: Hände nach Betreten der

Räume, gerne aber auch nach dem Toilettengang, gründlich mit Wasser und Seife waschen. Danach gründlich mit den bereit gestellten Papierhandtüchern aus den neuen Spendern abtrocknen. Danach mit dem Handdesinfektionsmittel einreiben. Gefällt nicht allen, gehört aber zur guten Etikette.

Nach größeren Veranstaltungen oder gar Feiern sind die verantwortlichen Genoss*innen angehalten die Räume sauber zu hinterlassen. Putzmittel stehen im Bad bereit. Die Oberflächen an den WCs, Wasserhähnen und Türgriffen sollten mit desinfizierenden Tüchern abgewischt werden. Diese stehen ebenfalls mit den Putzmitteln bereit.

Gerade gewartet und teils neu angeschafft wurden die Feuerlöscher in den Fluren und im Treppenhaus.

Und sollten tropische Nächte, hitzige Debatten oder wildes Tanzen zu durstigen Kehlen führen, laden wir Nutzer*innen wie Gäste an unsere Theke mit ihren zwei Kühlschränken in der Küche ein. Hier stehen verschiedene Biere, Limonaden, Mate und Cola bereit. Ein Teil der Getränke wird uns vom Saftmobil aus dem nordhessischen Gudensberg geliefert (<http://www.saftmobil.de>). Darunter faire, biologische und solidarische Getränke wie etwa das Solibier (<https://solibier.de>). Das kooperative Kellerbier wird bei Bergbräu in Uslar gebraut, von den Erlösen gehen Spenden beispielsweise an das Antifaschistische Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG). Die Getränke im Roten Zentrum werden auf Vertrauensbasis gegen Unkostenbeitrag abgegeben und werden für den komfortablen Alltagsbetrieb vorgehalten. Solltet Ihr größere Parteitage oder Rockkonzerte planen, sorgt bitte selber für Eure Festtags-Ausstattung oder haltet vorher Rücksprache mit uns.

Für die nächste Zukunft ist eine Nutzbarmachung des Innenhofes in Planung.



Rotes Zentrum Schaufenster

Das vielbeachtete Mai-Schaufenster des Roten Zentrums musste im Juni einer neuen Gestaltung weichen. Thema: Refugees welcome! Das neue Arrangement zeigt Objekte aus antirassistischer Theorie und Praxis, so auch Buchtitel von Frantz Fanon, Denis Goldberg und Alice Cherk. Anlass für Bolzenschneider und Bücherstapel sind aktuelle gesellschaftliche Debatten und Veranstaltungen von Parteien sowie Initiativen aus dem Roten Zentrum:

Mo. 21.6.2021, 19 h, Club EXIL
Mit Martina Renner (Die Linke)
Bewaffnete Nazis in Polizei und Bundeswehr

Fr. 25.6.2021, 19 h, Club EXIL
Mit Michel Brandt (Die Linke)
No More Morias

Sa. 26.6.2021, 17 h, Waageplatz
MigrANTIFA: Solidarität muss Praxis werden!

Sa. 3.7.2021, 17 h, Gänseliesel
„By Bye Moria“

Mi. 14.7.2021, 18 h, Gänseliesel
Abschiebungen und Widerstand in Göttingen

Mi. 21.7.2021, 18 h, Nikolaikirchhof
Rechte Gesinnungsmörder

Voraussichtlich August 2021:
Gedenkstättenbesuch Bergen-Belsen

Draußen sein und Abstand halten fallen leichter, wenn sich nicht alle Genoss*innen der Mehrheitsfraktion auf den kleinen Balkon zusammendrängen müssen. Dazu ist ein Treppenabgang mit Geländer vom Erdgeschoss-Balkon in den Hof geplant. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen – Prost!

Spenden zur Umsetzung des Treppenabgangs sind willkommen:

Rotes Zentrum Göttingen e.V.

IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02

BIC: GENODE51KS1

Volksbank Kassel-Göttingen eG



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de
Kommunalwahl 12. September:

► Göttinger Linke wählte OB-Kandidaten

Am 26. Mai 2021 trafen sich die Mitglieder der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Jungen Theater, um über den Oberbürgermeisterkandidaten abzustimmen. Als Kandidat stellte sich Edgar Schu vor, der bei den geheimen Wahlen ein einstimmiges Votum erhielt.


Edgar Schu

Edgar wurde 2016 in den Rat gewählt und hat damit viel Praxis in den Gremien der Stadt gesammelt. Er stellte den Anwesenden in seiner Bewerbungsrede seine Arbeitsschwerpunkte und seine Ziele vor. Dazu gehört der kommunale Wohnungsbau, die Rekommunalisierung der Stadtwerke, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, um nur einiges zu nennen. Was Edgar besonders wichtig ist und natürlich auch bisher zu seiner Arbeit gehört: Genau hinschauen, damit Lasten und Kosten nicht auf dem Rücken der abgehängten Gruppen landen. Die ausführliche Pressemitteilung ist auf der Internetseite der GöLi nachzulesen.

Auf einer weiteren Versammlung wurden auch die Genoss*innen gewählt, die für den Ortsrat Geismar kandidieren. Thomas Bredy, der bereits Ortsratsmitglied ist, Gaby Betz und Rolf Ralle.

Im Anschluss fand die Mitgliederversammlung statt. Dabei stellte Dietmar Reitemeyer für das Wahlkampfteam, das bereits vor einigen Wochen installiert wurde, die kommenden Aufgaben vor. Der Kommunalwahlkampf sowie die

Bundestagswahlkämpfe sollen organisatorisch koordiniert werden, damit hier nicht nebeneinander sondern miteinander gearbeitet wird.

Die bisherige Planung:

- Anzeigen in der Tageszeitung,
- Postwurfsendungen,
- Plakatieren,
- Themen-Flyer zu den Bereichen Wohnen, Kultur, Soziales und Umwelt

Das Programm sei fertig gestellt, das Kurzwahlprogramm muss noch erstellt und dann in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

In Grone wird der Wahlkampf eigenständig von den Groner Mitgliedern geführt, die auch mit Nachbarschaftsbriefen arbeiten werden.

Hendrik Falkenberg stellt die Idee vor, am 14. August im Kleingartenverein Lindenkamp in Grone den Wahlkampf mit einer Motivationsparty zu beginnen. Von allen wird dies positiv aufgenommen.

Folgende Anträge wurden gestellt:

Bärbel Safieh bittet, im Kommunalwahlprogramm auch auf die gleichzeitig stattfindende Wahl des Integrationsrates hinzuweisen. Dies wurde von der Wahlkampfkommission positiv aufgenommen.

Ein Antrag zur Finanzierung des Wahlkampfes wurde von Gunnar Siebecke, dem Kassierer, gestellt, der damit den Festlegungen der Satzung der Göttinger Linke nachkam. Die Versammlung stimmte dem Finanzierungsplan zu.

Es wurden noch Fragen zum Umgang mit dem „Mandatsgeld“, den Aufwandsentschädigungen für Rats- und Ortsratsmitglieder, diskutiert.

Gunnar Siebecke erläuterte, dass es einen Beschluss aus dem Jahr 2016 gibt, nachdem Genoss*innen mit Einkommen 2/3 des Mandatsgeldes spenden sollten und Genoss*innen ohne Einkommen 1/3 des Mandatsgeldes.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh.
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 – 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Er erläutert aber auch, dass dies nur ein Appell an die Mandatsträger ist und natürlich auch die individuelle Situation berücksichtigt wird.

Die so eingenommenen Gelder fließen in politische Aktionen und Veranstaltungen sowie in die Miete im Roten Zentrum.

Zum Abschluss teilt Jost Leßmann als Hausherr im JT mit, dass die Räume zukünftig leider nicht mehr zur Verfügung stehen werden, da das JT seinen Spielbetrieb wieder aufnehmen wird. Auf seinen Vorschlag hin wurde beschlossen, dem JT für die Bereitstellung der Räume mit einer Karte zu danken.

(cs/gS)

Wahlkampf-Auftakt-Party

**Am Samstag, 17. August
Auftaktparty zum Wahlkampf
19.00 Uhr**

**Kleingartenverein Lindenkamp,
Greitweg 37, Grone**

Bilanz unserer Wohnraum- politik in den letzten 5 Jahren

In dieser Legislaturperiode haben wir 15 Anträge allein im Rat eingebracht, die sich mit dem Thema „bezahlbares wohnen“ befassten. Den Aufschlag machte der Antrag, dass künftig bei allen größeren Bauprojekten, bei denen ein „städtebaulicher Vertrag“ geschlossen wird, mindestens 30% bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Dieser Antrag kam tatsächlich durch, auch wenn die SPD mit der Verwaltung immer wieder auch Ausnahmen anstrebt, wie z.B. beim Großbau auf dem ehemaligen Gothaer-Gelände, bei dem von 500 neu erstellten Studibutzen nicht eine sozialverträgliche Wohnung entsteht.

Nach dieser Legislaturperiode können wir zwar noch nicht wirklich viel neuen bezahlbaren Wohnraum vorweisen, wir haben aber unsere Denke in die hiesige Politik hineingetragen und auch in der Verwaltung sind inzwischen Ansätze unserer Bau- und Bodenpolitik angekommen. So ist aus der Verwaltung intern zu vernehmen, dass der Verkauf von städtischem Boden ja von der Politik nicht mehr gewollt ist. Und wenn wir uns ansehen wie die SPD mit unseren Anträgen zur Veränderung der „Städtischen Wohnungsbau“ umgegangen ist, dann können wir fast sicher sein, wir kommen damit auf absehbare Zeit auch durch. Konkret war das zu sehen, als wir im Rat den Antrag hatten, die „Städtische“ solle bei neuen Bauprojekten zukünftig mindestens 50% sozial gebundenen Wohnraum schaffen. Die Chefin der „Städtischen“, Frau Leuner-Haverich, lief ziemlich angespannt zwischen der SPD-Fraktion und dem OB hin und her, tuschelte hier und da und wir konnten den Stein fast hören der ihr vom Herzen fiel, als unser Antrag von SPD und CDU abgelehnt wurde. Die Wohnraumpolitik der beiden konservativen Fraktionen wird sich nicht viel länger halten lassen, ihre Begründungen werden immer wackeliger und darum werden teilweise schon „Geschichten“ erfunden: So log Hans Otto Arnold, CDU und Bauausschussvorsitzender kürzlich bei einer Veranstaltung der Wohnraumagentur öffentlich, dass der Verkauf eines großen Baugrundstücks in Grone nicht mehr aufgehoben werden konnte weil keine Zeit mehr bestand und die Verhandlungen soweit fortgeschritten wären. Tatsächlich hatten wir schon vor 1 ½ Jahren im Rat beantragt, das Grundstück nicht zu verkaufen, die CDU hat es damals mit der SPD zusammen abgelehnt. Immerhin ließ Arnold in derselben Veranstaltung verlauten, dass er versichern könnte, dass kein Grundstück der Stadt mehr verkauft würde, was nicht von der „Wohnraumagentur“ geprüft sei, ob es für alternative Wohnprojekte geeignet sei. Wir werden der Stadt dabei genauestens auf die Finger gucken. Zumal unser Ansatz dahin geht, dass überhaupt kein öffentliches Grundstück mehr privatisiert wird. Unsere weitere Politik in Sachen „bezahlbarer Wohnraum“ wird viel um die „Städtische“ drehen. Wir wollen, dass die „Städtische“ ihre Gewinne - ja, die gibt es – nicht ausschüttet, sondern zügig reinvestiert. Und wir wollen sie dahingehend umstrukturieren, dass sie nur noch 100% sozialen Wohnungsbau baut. Der größte Blockierer einer Veränderung bei der „Städtischen“, der bisherige OB Köhler wird ab November in seinen wohlverdienten Ruhestand gehen. Ob Petra Broistedt einfach so die völlig verfehlte und überholte Wohnraumpolitik weitermachen kann, das bezweifeln wir. Zumal wir mit dem Bündnis „gutes wohnen für alle“ auch außerhalb des Stadtrates einen Player haben, an dem die Politik nicht mehr vorbeikommt. Für den kommenden Wahlkampf kann das ein Schwerpunkt sein: die Kandidat*innen aller Parteien immer wieder zu löchern und öffentliche Statement einzufordern, endlich eine Wohnraumpolitik für die große Mehrheit der Bevölkerung zu machen und die Großinvestoren aktiv zu behindern.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 1126 (11.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► Wir erinnern – 80 Jahre Überfall auf die Sowjetunion

Aufruf der VVN-BdA Bundesvereinigung

Am 22. Juni 2021 jährt sich der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Mit ihm begann ein Vernichtungskrieg schrecklichen Ausmaßes und mit Millionen von Toten. Wir erinnern an die Opfer des Krieges und alle Kämpfer:innen für die Befreiung!

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, überfielen die Armeen Hitlerdeutschlands und ihrer Verbündeten die Sowjetunion. Damit begann das letzte Kapitel der Aggression des deutschen Faschismus gegen die Länder und Menschen Europas und darüber hinaus. Doch dieser Krieg war nicht allein ein Eroberungskrieg um Raum und Ressourcen – gemessen an der zugrundeliegenden Ideologie und der Kriegsplanung war es ein Vernichtungskrieg gegen den „jüdisch-bolschewistischen“ Feind.

Die Generalität der Deutschen Wehrmacht machte mit dem Kommissarbefehl, dem Generalplan Ost sowie dem Handeln der Einsatzgruppen deutlich, dass sie dieses Konzept des Vernichtungskrieges von Anfang an unterstützte. Dieser Vernichtungswille zeigte sich in zahlreichen Mordaktionen, die Wehrmachtseinheiten und Einsatzgruppen des SD (Sicherheitsdienst der SS) gegen jüdische, slawische und Roma-Zivillist:innen in den okkupierten Gebieten verübten. Allein dem Massaker von Babi Jar fielen im September 1941 über 30.000 Menschen zum Opfer. Dieser Vernichtungskrieg brachte unendliches Leid über die Menschen und forderte mehr als 27 Millionen Opfer aus allen Teilen der Sowjetunion.

Es liegt in der Verantwortung heutiger Generationen, dass niemand diese Gräueltaten je vergessen oder relativieren darf!

Deshalb verwahren wir uns dagegen, dass u.a. durch die Resolution des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 eine skandalöse Form der Geschichtsverfälschung betrieben wird, indem mit Verweis auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg – und damit letztlich auch für den Überfall auf die Sowjetunion – den Opfern selber zugewiesen wird. Außerdem müssen wir erleben, dass in verschiedenen europäischen Ländern Kollaborateure des faschistischen Krieges, Freiwillige in den SS-Verbänden im Baltikum, die „Blaue Division“ in Spanien oder Bandera-Ein-

heiten in der Ukraine als „Freiheitshelden“ in ihren jeweiligen Ländern gewürdigt werden. Hierin sehen wir verhängnisvolle Formen von Geschichtsrevisionismus, denen wir uns auch international entgegenstellen.

Wir erinnern daran, dass es die Einheiten der sowjetischen Streitkräfte waren, die im Verbund der Anti-Hitler-Koalition die Hauptlast der militärischen Befreiung Europas und auch unseres Landes getragen haben. Beginnend im Dezember 1941 mit der Schlacht vor Moskau, bei der die faschistische Illusion eines „Blitzkrieges“ platzte, im Februar 1943 mit der Niederlage der 6. Armee bei Stalingrad und dem anschließenden verlustreichen Vormarsch nach Westen. Möglich wurde dies im gemeinsamen Handeln der Roten Armee

- mit der Zivilbevölkerung, die in Leningrad einer Blockade von 900 Tagen standhielt, bevor es gelang, die faschistischen Aggressoren zu vertreiben, und an der Heimatfront enorme Anstrengungen in der Rüstungsproduktion unternahm,
- mit den Partisaneneinheiten, die im Rücken der deutschen Einheiten begannen, die Versorgungswege zu blockieren und durch eigene militärische Aktionen eine große Zahl von Einsatzkräften im Hinterland banden
- und mit Unterstützung der westalli-

ierten Verbündeten, die durch Lieferung von Rüstungsgütern und weiteren Materialien die Kampffähigkeit der sowjetischen Streitkräfte unterstützten.

Wir erinnern daran, dass auch deutsche Antifaschist:innen, die in der Sowjetunion Exil gefunden hatten, aber auch deutsche Soldaten, die im Krieg auf die sowjetische Seite wechselten, ihren Anteil als Frontbeauftragte, in Einheiten der Roten Armee und in anderen Formen an der militärischen Niederschlagung des deutschen Faschismus gehabt haben.

In Erinnerung an alle Menschen, die sich an dieser Front für die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und die Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit eingesetzt haben, treten wir ein:

- für eine angemessene Erinnerung und Würdigung der Millionen Opfer des Vernichtungskrieges
- gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus und Rehabilitierung von NS-Kollaborateur:innen
- für eine Friedenspolitik, die im Dialog mit Russland und den anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion eine neue Politik der Entspannung und Abrüstung in Europa ermöglicht

► Göttinger Gedenkveranstaltung zum 22.06.1941

Am Sonntag, den 20.06.2021 gab es auf dem Göttinger Stadtfriedhof ein gemeinsames Gedenken an die Opfer des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, der vor 80 Jahren stattfand. Das gemeinsame Gedenken wurde vom Göttinger Friedensforum, der VVN-BdA Göttingen, der DKP Göttingen, Die Linke Göttingen, den Piraten im Kreistag sowie der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke organisiert.

Gunnar Siebecke sprach für das Göttinger Friedensforum über die Folgen dieses Krieges sowie das Gedenken an den 22.06.1941; um künftige Kriege zu verhindern, sei heute der Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa unter Beteiligung von Russland



notwendig. Günther Siedbürger sprach für die Dauerausstellung "Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945" über das Schicksal sowjetischer Zwangsarbeiter in Göttingen. Im Anschluss wurden rund 240 Namen von Sowjetbürgern, die in Göttingen als Zwangsarbeiter umkamen, verlesen und am Gedenkstein gemeinsam Blumen niedergelegt.